



Freundeskreis Asyl Gerlingen • Birkenweg 12 • 70839 Gerlingen

An die Landtagswahl-Kandidaten
im Wahlkreis Vaihingen

xy@xy-Partei-BW.de

17.02.2021

Fragen zur Haltung Ihrer Partei zum Thema „Sicherer Hafen“

Sehr geehrter Herr _____,

vielen Bürgerinnen und Bürgern in Gerlingen ist es ein Anliegen, Geflüchtete, die aus Angst vor Krieg, Terror oder Verfolgung ihre Heimat verlassen haben, primär als Menschen wahrzunehmen und Solidarität zu zeigen. In diesem Sinne engagiert sich der Freundeskreis Asyl. Er vermittelt Sachspenden und Patenschaften, organisiert Sprachkurse, hilft bei Arbeit und Ausbildung, berät in asylrechtlichen Fragen, unterstützt Schulkinder durch Vermittlung von Nachhilfe, bietet Freizeitprogramme an, unterstützt bei Behördengängen und in schwierigen Lebenssituationen.

Eine weitere Aufgabe sehen wir in der Netzwerkarbeit und Kontaktpflege zu anderen Asylkreisen und Initiativen im Landkreis Ludwigsburg und darüber hinaus. Im Rahmen einer regionalen Vernetzungsgruppe unterstützen wir die Arbeit der Initiative „Seebrücke“ und führen vor Ort öffentlichkeitswirksame Aktionen durch.

Zu dieser regionalen Vernetzungsgruppe gehören:

- Ökumenischer Freundeskreis Flüchtlingshilfe Bönnigheim
- Seebrücke Ortsgruppe Kirchheim a.N.
- Aktionsbündnis Seebrücke Lauffen a.N.
- Bündnis Mensch und Umwelt Besigheim
- Flüchtlingsdiakonat Besigheim
- Kirchlich-diakonische Flüchtlingsarbeit, Kreisdiakonieverband Heilbronn
- Freundeskreis Asyl Gerlingen

Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass unsere Kommunen ein "Sicherer Hafen" werden. Gemeinsam bilden die Sicheren Häfen eine starke Gegenstimme zur Abschottungspolitik der Bundesregierung und der EU. Damit wollen wir erreichen, dass weniger Menschen im Meer ertrinken, weniger Menschen in überfüllten Lagern an den EU-Außengrenzen festsitzen und mehr Menschen auf der Flucht ein neues Zuhause finden.

Dafür braucht es mehr Seenotrettung im Mittelmeer und sichere, legale Fluchtwege. Aber vor allem braucht es Politiker*innen, die in den Parlamenten, Regierungen und Institutionen klar zu ihren Werten stehen und sich mutig für eine neue EU-Migrationspolitik einsetzen!

Da Sie sich um ein Mandat als Landtagsabgeordneter bewerben, ist es uns wichtig, zu erfahren, wie Sie und Ihre Partei konkret zu folgenden Fragen stehen:

1) Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

2) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

3) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

4) Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt? Aus welchen Gründen?)

5) Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?



30.10.-1.11.20 Solidaritätsaktion mit begehbarem Lager-Zelt, in Bönningheim, Kirchheim a.N. und Lauffen a.N., im Innenraum läuft eine gekürzte Version des Films „A short Story of Moria“ von Joko und Klaas.



Verelendung flüchtender Menschen in Lagern auf europäischem Boden



Tödliche Gefahr für Menschen auf der Flucht im Mittelmeer und gleichzeitige Kriminalisierung ziviler Seenotrettungs-Organisationen

6) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)

7) Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

8) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

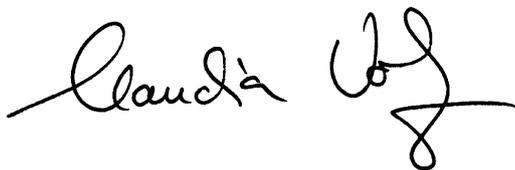
9) Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

10) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

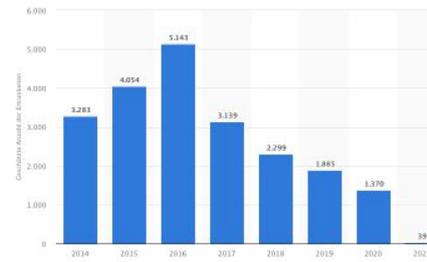
11) Welche humanitären Mindeststandards müssen nach Ihrem persönlichen Empfinden in einem maßgeblich von Deutschland verantworteten Lager eingehalten werden?

Wir freuen uns auf Ihre Antworten bis zum 29.02.2021 und bedanken uns schon jetzt für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichem Gruß



Claudia Volz
Freundeskreis Asyl Gerlingen, Steuerungsgruppe



Seit 2014 ertranken nach offiziellen Angaben (bpb, iom, UNHCR) über 20.000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. Quelle: Internationale Organisation für Migration (IOM)



Mehr Aufklärung ist gefragt: Von den 40 Grundrechte-Beobachtern, die Frontex seit 2019 einstellen soll, arbeitet bei der Agentur noch kein Einziger. Bis 2027 soll jedoch der Personalstamm von Frontex auf 10.000 Personen anwachsen. Quelle: DLF 22.1.2020

Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Frau Volz,

liebe Mitglieder und Engagierte im Freundeskreis Asyl Gerlingen,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17.2.2021 und Ihre Nachfragen zur meiner persönlichen sowie unserer grünen Haltung zum „Sicheren Hafen“ uvm., über die ich mich natürlich sehr gefreut habe – denn ich bin froh, daß die Aktion und Ihre Aktivitäten gibt.

Sehr gerne will ich daher der Reihe nach auf Ihre Fragen antworten und freue mich, wenn Sie die Rückmeldung und meinen außerordentlichen Dank für Ihr Engagement auch an alle Mitglieder des Freundeskreises weitergeben.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Rösler

1) Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden!

Wir Grüne und natürlich auch ich persönlich lehne die Kriminalisierung der Seenotrettung sowie das Festsetzen der Schiffe in den Häfen ab. Um das zu verhindern, müssen endlich alle Staaten der EU Geflüchtete aufnehmen. Sie dürfen die Mittelmeeranrainer damit nicht allein lassen. Klar ist aber: Die fehlende solidarische Lösung der Flüchtlingsaufnahme innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten (selbstverständlich inkl. anderer reicher Länder wie Schweiz, Norwegen, Island und Großbritannien) darf nicht zulasten der zivilen Seenotrettung gehen und zu deren Kriminalisierung führen.

Nicht nur auf Landes- sondern explizit auch auf Bundesebene machen wir Grüne uns dafür stark, daß Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten, um so auch unter anderem Verantwortung für die Geflüchteten in Griechenland zu übernehmen. Auf EU-Ebene setzen wir Grüne uns außerdem dafür ein, daß zivile Seenotrettung entkriminalisiert und ein EU-weites oder noch besser wirklich europaweit (also inkl. Mittelmeer- Anrainerstaaten wie Albanien und Montenegro und im optimalen aber derzeit wohl hoffnungslosen Fall Türkei) organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufgebaut wird. Wir erwarten auch von der Bundesregierung, dass sie bei der Seenotrettung aktiv wird, Unterstützung bereitstellt und bei anderen europäischen Staaten für Unterstützung wirbt.

2) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Wir Grüne stehen wir für Verantwortung. Das heißt auch, dass wir unserer globalen, humanitären und historischen Verantwortung gerecht werden wollen: Ein starkes, wohlhabendes Europa darf keine Festung um sich bauen. Es muss offen sein für die, die Schutz suchen. Niemand soll bei dem Versuch, Sicherheit oder ein besseres Leben für sich und seine Kinder zu erreichen, sterben müssen! Wir wollen Menschen in Not helfen. Das schließt ein Landesaufnahmeprogramm mit ein (s.u.).

Bündnis 90/Die Grünen

3) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Wir Grüne unterstützen die Initiative „Sichere Häfen“ und wollen, dass auch das Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Das haben wir in unserem Landtagswahlprogramm festgeschrieben. Wir werden daher ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten.

Erlaubt sei an dieser Stelle der Hinweis auf unser bundesweit einzigartiges Projekt zur Rettung von 1.000 Jesidinnen aus den Fängen des IS. Diese Initiative von Winfried Kretschmann persönlich war ein zutiefst humanitärer Akt, der rund 1.000 Frauen eine völlig neue Lebensperspektive gab. Die Tatsache, daß aus diesem Kreis Nadja Murad den Friedens-Nobelpreis erhielt, mag ein ganz besonderes symbolisches Zeichen für unsere grüne Flüchtlingspolitik sein: <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/meldung/pid/friedensnobelpreis-fuer-nadia-murad>

4) Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt? Aus welchen Gründen?)

Wir Grüne sind gegenüber allen Initiativen aufgeschlossen, die den Ländern mehr Gestaltungsfreiheit einräumen. Gleichzeitig ist aber klar: Das eine ist die rechtliche Frage, ob hier ein Einvernehmen des Bundesinnenministeriums erforderlich ist. Das andere die Tatsache, daß ein Landesaufnahmeprogramm rein praktisch nur in Zusammenarbeit mit dem Bund umgesetzt werden kann.

5) Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Siehe Antwort auf Frage 7

7) Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Ich erlaube mir, die Fragen 5 und 7 gemeinsam zu beantworten: Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den „Pakt für Integration“ auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1.000 Integrationsmanager*innen den Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben.

2020 haben die Kommunen einmalig 15 Millionen Euro für die Integration von Geflüchteten bekommen. Damit stellt das Land den Kommunen sämtliche Bundesmittel bereit, die für die Integration Geflüchteter nach Baden-Württemberg fließen.

Neben der Unterstützung der Kommunen mit je 70 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021, um die Integrationsmanager*innen fortzuführen, wurde auch der Integrationslastenausgleich verlängert.

6) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)

Siehe Antwort auf Frage 8

8) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Frage 6 und 8 beantworte ich ebenfalls gemeinsam: Für uns Grüne ist klar: Menschen, die sich integrieren und ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind, müssen eine Bleibeperspektive erhalten. Wir unterstützen daher beispielsweise ausdrücklich die Ziele der Unternehmensinitiative „Bleiberecht durch Arbeit“. Inzwischen haben sich dieser Initiative hunderte Unternehmen angeschlossen.

Da Bleiberechtsoptionen bundesrechtlich geregelt sind, ist hier primär der Bundesgesetzgeber gefragt. Mit der Beschäftigungsduldung hat der Bund zwar die Möglichkeit eines Bleiberechts für Menschen in Arbeit eingeführt. Die Voraussetzungen sind aber viel zu hoch. Kaum jemand kann sie erfüllen! Zudem können die Geduldeten erst zwölf Monate, nachdem ihr Asylverfahren beendet ist, eine Beschäftigungsduldung erhalten. Während dieses ganzen Jahres leben sie und ihre Arbeitgeber*innen mit dem ständigen Damoklesschwert der Abschiebung. Ein unsäglicher Wettlauf gegen die Zeit. Zu oft kommt es vor, dass Menschen plötzlich gehen müssen, die gut integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben. Abgesehen von dem persönlichen Schicksal der Betroffenen ist dies auch ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

Im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten, sind wir auch im Land aktiv:

- Baden-Württemberg hat 2020 erfolgreich eine Bundesratsinitiative eingebracht, um das Aufenthaltsgesetz zu ändern. Diese betrifft Geflüchtete, deren Verfahren in die Hochphase des Flüchtlingszugangs fielen. Ziel ist, dass ihre Aufenthaltszeiten während des Asylverfahrens auf den notwendigen Duldungszeitraum angerechnet werden.
- Unserer Ansicht nach liegt es zudem im Ermessen des Landes, in diesen Fällen Duldungen zu erteilen. Unsere aktuelle Koalitionspartnerin und das Innenministerium vertreten hierzu allerdings eine andere Rechtsauffassung. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir erreichen, diese gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung konsequent zu nutzen.
- Wir wollen uns auch politisch dafür einsetzen, dass Menschen über existierende Bleiberechtsoptionen beraten werden.
- Bei Personen, die von der geplanten Bundesratsinitiative betroffen und bis zu einem bestimmten Datum eingereist sind, besteht im Einzelfall die Vermutung eines Härtefalls. Dies konnte auf Grüne Initiative hin erreicht werden. Sobald sich die Härtefallkommission mit diesen Fällen beschäftigt, sind aufenthaltsbeendende Maßnahmen regelmäßig zurückzustellen.
- Auf Bundesebene werden wir weiterhin alle Initiativen, die auf Bleiberechtsperspektiven für gut-integrierte Geflüchtete gerichtet sind, positiv begleiten.

9) Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Markus Rösler, Bündnis 90/Die Grünen

Frontex verfügt nicht über eigene Grenzschutzbeamte*innen. Vielmehr ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache darauf angewiesen, daß die EU-Mitgliedstaaten Personal für Einsätze zur Verfügung stellen. Davon kommen auch einige wenige aus Baden-Württemberg.

Die Grenzschutzagentur ist aufgrund der Frontex-Verordnung und ihres Verhaltenskodex dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren und zu achten: Frontex-Einsätze müssen zwingend den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung als elementaren Bestandteil der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention einhalten. Während Frontex aber immer mehr Kompetenzen erhält, wachsen die Kontroll- und Sanktionsmechanismen nicht mit.

Das Büro der Grundrechtsbeauftragten soll gewährleisten, dass die Menschenrechte eingehalten werden. In der Praxis bleibt ihre Stimme jedoch oft ungehört. Es gibt beispielsweise leider zahlreiche Berichte über illegale, systematische Pushbacks auf See und an der Grenze. Diese werden bislang von Frontex zurückgewiesen. Die derzeitige Vakanz von 40 geplanten Grundrechtebeobachter*innen-Stellen bei Frontex ist nicht hinnehmbar!

Wir fordern daher:

- Die vakanten Stellen von Grundrechtebeobachter*innen müssen sofort besetzt werden.
- Jede Erweiterung des Frontex-Mandats muss Hand in Hand mit einer stärkeren Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte gehen. Die Grünen im Europäischen Parlament haben erfolgreich darauf gedrängt, dass die Grundrechtsbeauftragte bei Frontex deutlich mehr Ressourcen und Durchsetzungsmöglichkeiten bekommt.
- Wenn Frontex mehr Aufgaben beim europäischen Grenzschutz übernehmen soll, muss sich die Grenzschutzagentur auch zur Verantwortung ziehen lassen.
- Wir fordern von der Bundesregierung, umfassend dazu beizutragen, die Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtswidrigen Zurückweisungen aufzuklären!
- Auch eine parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament (Unterausschuss) ist notwendig.

Die Grenzschutzagentur kann eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik, die immer noch fehlt, nicht ersetzen. Statt alle Ressourcen auf die Grenzschutzagentur zu lenken, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten endlich damit anfangen, die Verantwortung gerecht zu verteilen und eine Seenotrettung aufzubauen.

Im Übrigen: Die beste Flüchtlingspolitik besteht darin, die großen Ungleichheiten zwischen "Nord" und "Süd" durch faire Partnerschaft, faire Preise und möglichst ähnliche soziale und ökologische Standards so weit wie möglich zu verringern. Das Land Baden-Württemberg setzt sich hier im Rahmen seiner Möglichkeiten z.B. über die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) ein, was ich sehr begrüße. Auch in der "Verwaltungsbeschaffungsverordnung" des Landes, die wir in der letzten und in dieser Legislatur novelliert haben, haben wir auf Initiative von uns Grünen und auch von mir persönlich die Standards für den Einkauf durch das Land hinsichtlich fairem Handel gestärkt. Die Stadt Gerlingen ist hier bereits absolut vorbildlich unterwegs: Als Fairtrade-Town beheimatet sie einen Weltladen und bald auch ein Weltcafé.

10) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Die Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen ein rechtsstaatliches, faires und humanitär verantwortliches Vorgehen gewährleisten. Vor diesem

Markus Rösler, Bündnis 90/Die Grünen

Hintergrund lehnen wir, lehne ich persönlich ganz ausdrücklich Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen grundsätzlich ab. Das ist sowohl den direkt Betroffenen gegenüber als auch den dabei sonst anwesenden Kindern und Jugendlichen nicht vermittelbar und unsozial.

11) Welche humanitären Mindeststandards müssen nach Ihrem persönlichen Empfinden in einem maßgeblich von Deutschland verantworteten Lager eingehalten werden?

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union tragen die Verantwortung dafür, Mindestschutzstandards in allen Lagern für Geflüchtete auf europäischem Boden zu gewährleisten. Unbedingt dazu gehört aus meiner Sicht der Zugang zu sauberem Trinkwasser und medizinischer Grundversorgung sowie der Schutz vor Kälte. Eine Situation wie im ehemaligen Lager Moria darf sich nicht wiederholen – nicht auf Lesbos und an keinem anderen Ort. Und doch passiert genau das gerade: Die Situation für Schutzsuchende in Bosnien ist menschenunwürdig. Wir alle gemeinsam und auf den unterschiedlichen politischen Ebenen dürfen nicht lockerlassen, bis sich das ändert!

Torsten Liebig, SPD

1. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Das Abkommen über die internationale Seenotrettung datiert auf das Jahr 1910 und kennt keine Ausnahmen, weder Freund, noch Feind, noch Ursache der Not. Selbst im Zweiten Weltkrieg fühlten sich beide Seiten an dieses Gebot gebunden. Ich sehe keinen Grund, warum dieses Gebot der Menschlichkeit in der Seenotrettung heute nicht mehr gelten soll. Menschen zu retten darf niemals kriminell sein.

Eine staatlich organisierte Seenotrettung muss im europäischen Rahmen erfolgen. Rein rechtlich läge die Verantwortung innerhalb der eigenen 200 Meilen Zone bei Italien. Es ist jedoch nachzuvollziehen, dass eine solch rein formalistische Auslegung in diesem Fall nicht sachgerecht ist, da das hohe Aufkommen an Menschen in Seenot vor der Küste Italiens mit den Flüchtlingsströmen nach Europa zusammenhängen. Dementsprechend muss die italienische Küstenwache hier durch weitere Kräfte aus Europa unterstützt werden, um dem Sterben im Mittelmeer ein Ende zu bereiten. Hieran muss sich dann auch eine europäische Verteilung dieser Bootsflüchtlinge anschließen. Dies ist jedoch lediglich die Bekämpfung des Symptoms. Die Menschen werden von skrupellosen Schleppern auf diese Boote gesetzt. Die europäische Außenpolitik muss endlich zu einer einheitlichen Linie gegenüber der Lage in Libyen finden, um das libysche Volk dabei zu unterstützen, eine legitime Regierung mit Gewaltmonopol für das ganze Land zu wählen, die diesen Schleppern das Handwerk legen kann.

2. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Konkret auf Baden-Württemberg heruntergebrochen wird es darum gehen, gegenüber dem Bundesinnenministerium deutlich zu machen, dass viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg eine hohe Bereitschaft haben, weitere Flüchtlinge aus Seenot aufzunehmen. Umso geeinter die Front der Länder in dieser Frage ist, umso schwerer wird es dem Bundesinnenministerium fallen, diese Willensbekundungen zu ignorieren. Als Jungsozialisten im Landkreis Ludwigsburg haben wir in einem ersten kleinen Schritt im vergangenen Jahr eine Petition gestartet (<https://mut-zur-bruecke.eu>), die den Landkreis auffordert, sich dem Bündnis sicherer Häfen anzuschließen.

3. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Ich befürworte ein solches Programm eindeutig. Unsere Aufnahmekapazitäten sind noch längst nicht erreicht.

4. Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt? Aus welchen Gründen?)

Prinzipiell würde ich diesem Ansinnen zustimmen. Zugleich kenne ich die Materie leider nicht ausreichend und nicht jede Klage ist wirklich klug oder hat echte Erfolgchancen. Von daher prinzipiell ja, aber ich müsste die Situation noch einmal eingehender betrachten.

Torsten Liebig, SPD

5. Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen ?

Ganz konkret muss natürlich auf den Bundesinnenminister eingewirkt werden, dass er diese Aufnahmebereitschaft der Kommunen nicht länger sträflich ignoriert. Es müssen aus meiner Sicht ja noch nicht einmal Bootsflüchtlinge sein. Die Kapazitäten der Kommunen könnten jährlich abgefragt werden und dann das deutsche Kontingent zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge des UNHCR (Resettlement) entsprechend erhöht werden.

6. Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung) ?
7. Wie möchten Sie und Ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Geflüchtete, die sich in Ausbildung befinden oder einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, sollen ein sicheres Bleiberecht erhalten. Baden-Württemberg ist auf gute Arbeitskräfte angewiesen und Menschen, die hier leben, brauchen Rechtssicherheit durch Bleiberecht – ebenso wie die Unternehmen, die sie einstellen. Unternehmen und Geflüchtete profitieren von Beratungs- und Qualifizierungsangeboten, die ein aktives Vermitteln zwischen freien (Ausbildungs-)Stellen und Geflüchteten ermöglichen. Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse wollen wir vereinfachen und effizienter gestalten sowie Nachqualifizierung ermöglichen. Die gemeinsame Sprache zu sprechen, spielt eine Schlüsselrolle bei der Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt. Wir sorgen für bessere Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache für aus dem Ausland Zugezogene und Geflüchtete mit Bleibeperspektive in der Kita, in der Schule und während der Berufsausbildung – gleich zu Beginn ihres Lebens in Deutschland. Sprachförderung muss in verschiedenen Lebenslagen und für jedes Alter frei zugänglich sein.

8. Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können? Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Wir wollen Geflüchtete mit Bleiberecht gut in unsere Gesellschaft integrieren. Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen lehnen wir ab. Wenn rechtskräftige Abschiebungen vollzogen werden müssen, müssen sie der Prämisse der Menschlichkeit folgen. Deshalb lehnen wir Abschiebungen direkt aus Bildungsstätten heraus ab. Wir wollen auch weiterhin die freiwillige Ausreise von Ausreisepflichtigen fördern. Hierzu setzen wir auf unterstützende Beratungsangebote unter Berücksichtigung der medizinischen Lage der Betroffenen und der Situation in der Ankunftsregion. Die Härtefallkommission muss wieder den Stellenwert erhalten, den sie seit ihrer Gründung unter den verschiedensten Landesregierungen hatte. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass der derzeitige CDU-Innenminister sorgsam gefällten Entscheidungen der Kommission bisweilen nur in rund 50% der Fälle folgt.

9. Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTTEX-Einsätzen ein menschenrechts-konformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Es muss sichergestellt werden, dass baden-württembergische Beamte in solchen Missionen die in der BRD gewohnten rechtsstaatlichen Standards einhalten. Dahingehend muss auch darauf

Torsten Liebig, SPD

hingewirkt werden, dass ein falsch verstandener Corpsgeist nicht dazu führt, dass Rechtsverletzungen Beamter anderer Länder hingenommen werden. Sollten die Vorfälle im Zusammenhang mit Frontex-Missionen nicht abreißen, ist ein Engagement unserer Beamten im Rahmen dieser Missionen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls einzustellen. Andererseits muss man dazusagen, dass Frontex vermutlich auch nicht besser wird, wenn die dort eingesetzten Beamten nur noch aus Ungarn, Polen, etc. stammen.

11. Welche humanitären Mindeststandards müssen nach Ihrem persönlichen Empfinden in einem maßgeblich von Deutschland verantworteten Lager eingehalten werden

Hierzu kann ich tatsächlich nichts sagen, weil ich nicht weiß, worum es ihnen geht? Betreibt die Bundesrepublik irgendwo in Drittstaaten Lager? Oder geht es um Lager in Deutschland? Die grundsätzliche Antwort ist natürlich so menschenwürdig wie irgend möglich, aber ohne den konkreten Fall fällt es mir schwer, diesen Punkt zu bewerten.

Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmend kriminalisiert und behindert.

Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Seenotrettung ist kein Verbrechen, im Gegenteil: Solange Menschen das Ertrinken droht, ist Rettung Pflicht. Die Pflicht zur Seenotrettung wurde bereits erstmalig 1910 im Brüsseler Abkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über Hilfeleistung und Bergung in Seenot festgesetzt.

- 2) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?**

Wir brauchen hier einen neuen Ansatz, europäisch und staatlich die Seenotrettung zu organisieren. Wir sehen Seenotrettung als eine staatliche Aufgabe. Es ist enttäuschend, dass die deutsche Ratspräsidentschaft hier nichts erreicht hat. Die Lösung des Problems kann nur auf europäischer Ebene erfolgen. Die FDP auf Landesebene wird sich gegenüber den zuständigen Gremien des Bundes und der Europäischen Union für diese lange überfällige Maßnahme einsetzen.

- 3) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?**

Die Probleme können nur durch eine gemeinsame europäische Regelung gelöst werden. Wir brauchen innerhalb der EU eine faire Lastenteilung. Hier hat die Bundesregierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft außer großen Ankündigungen nichts zu Stande gebracht. Isolierte Landesaufnahmeprogramme können allenfalls kurzfristig das Leid einzelner Betroffener lindern, sie lösen aber keine Probleme.

- 4) Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt? Aus welchen Gründen?)**

Nein, wir unterstützen die Klage nicht.

- 5) Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?**

Wenn bestimmte Kommunen eine über dem Landesdurchschnitt liegende Aufnahme anstreben, sollte dies im Rahmen der Verteilung berücksichtigt werden. Die bestehenden Rahmenbedingungen auszuweiten, ist aus unserer Sicht nicht erforderlich.

- 6) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)**

7) Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir Freien Demokraten werben für eine Evaluation des Pakts für Integration unter Einbeziehung der vielfältigen Leistungen des Bundes, wie auch der Agenturen für Arbeit. Der Pakt für Integration stellt den Kommunen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung.

8) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Die FDP kämpft seit Jahren für ein Asyl- und Einwanderungsrecht mit klaren Kriterien, das zwischen Asyl für individuell politisch oder religiös Verfolgte, zeitlich befristeten Schutz für Flüchtlinge und Einwanderung nach einem Punktesystem nach kanadischem Vorbild unterscheidet. Soweit Menschen als politisch verfolgt anerkannt werden, sollen sie bei uns bleiben dürfen und sich bei uns sicher vor Verfolgung fühlen können. Sie haben sich aber auch in unsere Gesellschaft zu integrieren. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Flüchtlingen, die sich integriert haben, ist eine Einwanderungschance zu ermöglichen, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland.

Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten, fleißigen und integrationswilligen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand und die Versorgung der Menschen auch zukünftig erhalten wollen. Als wirtschaftsstarkes Bundesland hat Baden-Württemberg einen besonders starken Bedarf an Fachkräften. Die Schwierigkeiten, Arbeitskräfte beispielsweise im IT-Bereich, im Handwerk oder in der Pflege zu bekommen, sind hinlänglich bekannt.

Funktionierende Regeln bedeuten auch, wer nicht zu den vorgenannten Gruppen gehört, muss konsequent rückgeführt oder abgeschoben werden.

9) Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Der menschenrechtskonforme Umgang mit allen Menschen, gleich ob im Inland oder beim Schutz an EU-Außengrenzen, ist elementarer Bestandteil der polizeilichen Ausbildung im Land, und wird auch bei den Einsätzen gewahrt.

10) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Derartige Situationen gilt es zu vermeiden.

11) Welche humanitären Mindeststandards müssen nach Ihrem persönlichen Empfinden in einem maßgeblich von Deutschland verantworteten Lager eingehalten werden?

Roland Zitzmann, FDP

Ziel muss es sein, dass Menschen gar nicht erst lange in Sammelunterkünften verharren. Eine zeitnahe Klärung der Situation des Einzelnen schafft für diesen Klarheit und trägt Anteil daran, dass es erst gar nicht zu schlimmen Missständen in den Unterkünften kommt. Dazu sind schnelle Verfahren zur Prüfung von Asylrecht und Flüchtlingsstatus ebenso erforderlich wie die daraufhin stattfindende Verteilung der Menschen oder Rückführungen.

In den Sammelunterkünften muss man menschenwürdig leben können. Dies erfordert insbesondere ein Mindestmaß an Hygiene und Gesundheitsversorgung, die Ernährung und Wohnraum muss gesichert sein, sinnvolle Beschäftigung ist hilfreich.

Fragen an Klaus Ernst Pflieger, Freie Wähler

1. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmend kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?
 2. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?
- Frage von Ilse Majer-Wehling

Antwort:

Sehr geehrte Frau Majer-Wehling,

Ihre beiden Fragen darf ich - nicht zuletzt aus der Sicht eines früheren Strafverfolgers - wie folgt beantworten:

1. Die Rettung vor dem Ertrinken im Mittelmeer ist moralisch und ethisch uneingeschränkt wertvoll. Die Strafverfolgung - etwa bei der Landung eines Schiffes in Italien - ist die Angelegenheit des jeweiligen Staates, auf die wir nur mittelbar Einfluss nehmen können. M.E. sollten dazu aber alle diplomatischen Schritte ergriffen werden, um Menschenleben zu retten.
2. Eine Lösung der gesamten Problematik sehe ich weniger in einer staatlichen organisierten Seenotrettung, weil sie das Grundproblem der Landung eines Schiffes in einem Anrainerstaat des Mittelmeers nicht aus der Welt schafft. Vielmehr sollten wir vorrangig durch eine verstärkte Entwicklungshilfe alles dafür tun, dass die Leute nicht aus ihrem Heimatland flüchten müssen.

Mit freundlichem Gruß
K. Pflieger

Quelle: <https://www.abgeordnetenwatch.de/baden-wuerttemberg>

Frage von Klaus Majer an **Friedemann Meyer, AfD**

Seit 2016 habe ich viel mit Geflüchteten zu tun. Ich glaube, meine Kommune und Baden-Württemberg sind menschlich und ökonomisch reich genug, um Menschen, die teilweise auch durch unser Verhalten weltweit in Not gekommen sind, aufzunehmen. Wie werden Sie und Ihre Partei mit meinem Wunsch für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?

Antwort von Friedemann Meyer, 11. Februar 2021 - 12:28

Sehr geehrter Herr Majer.

Ihr Altruismus ehrt sie, ist aber politisch nicht zweckmäßig. Ihren gesinnungsethischen Handlungen steht die Verantwortungsethik entgegen.

Gesinnungsethik, also Handlungen aufgrund von Moral und somit nach „Gut und Böse“ zu entscheiden, führt leider nicht zur Problemlösung, sondern verstärkt dieses häufig noch, oder führt zu vorher nicht bedachten anderen negativen Folgen. Zudem ist Moral ein ideeller Wert und damit nicht absolut und verändert sich stetig. (Bspw. galt es im Mittelalter als „moralisch gut“ Hexen zu verbrennen).

Es bleibt Ihnen selbstverständlich frei, Entscheidungen nach Ihren Ansprüchen zu treffen und sich dafür einzusetzen.

Dies gilt aber ebenso für alle Bürger, welche Ihren Altruismus nicht teilen oder andere moralische Ansprüche haben. Indem Sie Menschlichkeit nach Ihren moralischen Vorstellungen definieren, „entmenschlichen“ Sie gleichzeitig Andersdenkende und sprechen Ihnen damit ihre Rechte ab. In einer Demokratie ist es aber notwendig, dass alle gleichberechtigt sind und damit auch parlamentarisch vertreten werden.

Vertreter der Verantwortungsethik, also der Beurteilung von Handlungen nach Ursache und vor allem Handlungsfolgen, wägen ab und entscheiden aufgrund der Verhältnismäßigkeit von Handlungszweck, Folgenutzen und Folgeschäden. Ebenso müssen Ursache und Wirkung klar erkannt und getrennt werden. Politik hat also nur mit Verantwortungsethik eine reale Berechtigung. Mit der Migrations-Politik wird beispielsweise nur die Wirkung bekämpft, nicht aber die Ursache der Fluchtbewegungen, d.h. das Leid be- und entsteht weiter.

Oder um es mit dem französischen Humanisten und Aufklärer Denis Diderot (1713-84) zu sagen: Zitat: „es wäre besser, das Elend zu bekämpfen, als mehr Orte für die Elenden zu schaffen.“

Für die Bekämpfung dieser Ursache, werde ich mich nach meinen Möglichkeiten einsetzen.

Beste Grüße

Friedemann Meyer

Quelle: <https://www.abgeordnetenwatch.de/baden-wuerttemberg>

Sehr geehrte Frau Volz,

vielen Dank für Ihre Fragen zur Landtagswahl 2021. Leider ist es mir so kurz vor der Wahl am 14. März 2021 nicht mehr möglich, ihre detaillierten Fragen ausreichend zu beantworten.

Erlauben Sie mir jedoch einen Hinweis in Kürze. Für uns in der CDU ist es ein zentrales Ziel, dafür zu sorgen, dass die Menschen gar nicht erst auf dem Mittelmeer in Seenot geraten, sondern sie in ihren Herkunftsländern ausreichend Schutz und wirtschaftliche Sicherheit erhalten, damit sie nicht gezwungen sind, Ihre Heimat und Ihre Familien zu verlassen.

Hier setzt auch das CDU-geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit an. Deshalb freue ich mich besonders, dass es mir gelungen ist, mit Norbert Barthle MdB, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, einen profunden Kenner der deutschen Entwicklungshilfepolitik als Gesprächspartner zu gewinnen, mit dem ich morgen Abend in einem öffentlichen Webex-Meeting über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere die Frage der fairen Impfstoffverteilung sprechen werde.

Konrad Epple, CDU

Stephan Ludwig, DIE LINKE

- 1) Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

Die Kriminalisierung von Seenotretter*inne muss beendet werden. Wer Menschen vor dem Tod rettet kann unter keinen Umständen dabei eine Straftat begehen. Die Behinderung der Arbeit freiwilliger Seenotretter*innen gleicht derzeit der Tötung durch Unterlassen. In unserem Wahlprogramm heißt es hierzu: „Keine Kriminalisierung von Flüchtlingshelfer*innen und Seenotretter*innen!“

- 2) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Ich verweise auch in diesem Zusammenhang sehr gerne auf unser Wahlprogramm. Dort heißt es: „Solange Fluchtursachen bestehen, sind wir verpflichtet, Geflüchtete aufzunehmen und uns dafür einzusetzen, dass sie gleiche soziale und politische Rechte erhalten.“ Und an anderer Stelle: „Baden-Württemberg soll Sicherer Hafen werden und freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen.“ Mit der staatlichen Verpflichtung Geflüchtete aufzunehmen verbinden wir selbstverständlich die staatliche Verpflichtung diese vor dem Tod durch Ertrinken zu retten.

- 3) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Die Zustände, wie sie in manchen Aufnahmeeinrichtungen an den europäischen Außengrenzen herrschen sind untragbar. Untragbar heißt die Zustände müssen augenblicklich beendet werden. Wo das Land die Möglichkeit gestalten kann zusätzliche Menschen aufzunehmen, soll es tätig werden. Konkret streben wir ein Landesaufnahmeprogramm nach Berliner Vorbild an.

- 4) Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt? Aus welchen Gründen?)

Unsere Partei ist in Berlin eine Regierungspartei. Wir unterstützen diese Klage also nicht nur. Wir führen sie.

Stephan Ludwig, DIE LINKE

- 5) Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Zunächst einmal setzen wir uns dafür ein, dass sich das gesamte Land Baden-Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Konkret wollen wir auf Landesebene folgende Weichen stellen:

Die dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl für geflüchtete Menschen. Ein landesweites, soziales Wohnbaukonzept soll die integrative Unterbringung von Flüchtlingen ermöglichen. Auch in Unterkünften für Geflüchtete müssen Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung gelten. Besonders schutzbedürftige Personen brauchen eigene Räume. Des Weiteren wollen wir eine kostenlose Beratung und Verfahrenshilfe im Asylverfahren. Wir wollen die Beibehaltung der unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und besseren Rechtsschutz gegen Abschiebungen. Die Kosten für anwaltliche Vertretungen sollen künftig im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe im vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren übernommen werden. Für alle Pflichtaufgaben der Kommunen wollen wir diese solide finanzieren. In der öffentlichen Verwaltung müssen wieder mehr Stellen geschaffen werden. Das neoliberale kaputtsparen der kommunalen und staatlichen Verwaltung muss beendet werden. An diesem Punkt hängt ein ganzer Rattenschwanz von Problemen unter denen das Land leidet (auch in den Bereichen Wohnungsbau, Digitalisierung, Energiewende)

- 6) Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)

Wir fordern (Auszüge aus unserem Wahlprogramm):

- Eine dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl und eine integrative Unterbringung für geflüchtete Menschen. Integrations- und Sprachangebote müssen für alle frei zugänglich sein.
- Berufsqualifikationen aus dem Ausland sollen unbürokratisch anerkannt werden.
- Wir setzen uns für eine stärkere Förderung sozialer, kultureller und politischer Selbstorganisation von Menschen mit Migrationsgeschichte ein.
- Wer hier lebt, soll auch hier wählen: Wir wollen ein uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens fünf Jahren in Baden-Württemberg haben.
- Einbürgerungskampagnen und einfachere Einbürgerung ohne den Zwang, die bisherige Staatsangehörigkeit abzugeben.

Stephan Ludwig, DIE LINKE

- Den Familiennachzug wollen wir vereinfachen und für illegalisierte Menschen ohne Ausweispapiere ein Aufenthaltsrecht schaffen.
- Gesundheitsversorgung für alle: Einführung elektronischer Gesundheitskarten für Geflüchtete.
- Einen leichteren Zugang zur Ausbildung für Geflüchtete. Die Landesregierung muss ihre Handlungsspielräume nutzen, um Geflüchtete einen leichteren Zugang zur dualen Berufsausbildung zu gewähren. Geflüchteten und (insbesondere kleinen) Betrieben, die Geflüchtete regulär ausbilden, müssen spezielle Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Alle Geflüchteten müssen proaktiv über die Rechte und den Schutz queerer Menschen in Deutschland aufgeklärt werden. Während des gesamten Asylverfahrens müssen für queere Geflüchtete flächendeckend qualifizierte Beratungsmöglichkeiten gewährleistet sein und ihnen sichere Unterbringungsmöglichkeiten angeboten werden.

7) Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Für alle Pflichtaufgaben der Kommunen wollen wir diese solide finanzieren. In der öffentlichen Verwaltung müssen wieder mehr Stellen geschaffen werden. Das neoliberale kaputtsparen der kommunalen und staatlichen Verwaltung muss beendet werden. An diesem Punkt hängt ein ganzer Rattenschwanz von Problemen unter denen das Land leidet (auch in den Bereichen Wohnungsbau, Digitalisierung, Energiewende)

8) Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Jegliche Verschärfungen des Asylrechts sollen sofort außer Kraft gesetzt werden. Die Einstufung Geflüchteter in sogenannte sichere Herkunftsländer muss gestrichen werden. Das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“ gehört abgeschafft. Des Weiteren möchte ich auf meine Antworten zur Frage 5) verweisen.

9) Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechts- konformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Stephan Ludwig, DIE LINKE

Da verweise ich auf den Entwurf zu unserem Bundestagswahlprogramm: „DIE LINKE will Menschen retten, Fluchtwege freimachen und Fluchtursachen: Ohne die Grenzschutzagentur und Küstenwache Frontex, mit legalen Fluchtwegen. Mit Rechtssicherheit und Durchsetzung von Flüchtlings-, Kinderrechts- und Europäischer Menschenrechtskonvention. Ohne Freiheitsberaubung und Push-Back in Folter und Tod.“

10) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Wenn es nach uns geht gibt es überhaupt keine Abschiebungen aus Baden-Württemberg! Dies soll auch für die Minderheiten der Roma und Sinti gelten. Das Land soll einen Winterabschiebestopp erlassen und diesen auch bundesweit bewirken. Kitas, Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen und Krankenhäuser müssen zu Schutzräumen vor Abschiebungen werden.

11) Welche humanitären Mindeststandards müssen nach Ihrem persönlichen Empfinden in einem maßgeblich von Deutschland verantworteten Lager eingehalten werden?

Ausreichende und auch gesunde Ernährung vor allem für Kinder und Heranwachsende, „westliche“ Hygienestandards (ausreichend Toiletten, Waschbecken (mit Trinkwasser), Duschen, Seifen, Wasch- und Spülmöglichkeiten, Windeln etc.), Bettzeug und Kleidung witterungsgemäß, Hilfe und gute Zugänge für Menschen mit Behinderung, Kinderprogramme, gute medizinische und zahnmedizinische Versorgung, Schutzbereiche für bedrohte Menschen/Minderheiten, Sonnenschutz, keine Zäune, kein Militär. Und vor allem BILDUNG: Vor allem für Kinder muss ein Schul- und Kitakonzept bestehen. Aber auch erwachsene müssen Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten oder zumindest Bildungsanregungen erhalten.

Wahlprogramme

Themenbereich Flucht, Asyl und Integration

(Zusammenfassung der Landeszentrale für politische Bildung)



Integration begreifen die Grünen als „Prozess, den die Mehrheitsgesellschaft und die Menschen, die zu uns kommen, gemeinsam gestalten müssen“. Daher setzt die Partei auf die Toleranz, Offenheit und Solidarität aller im Land (S. 246). Durch ein Landesaufnahmeprogramm für Menschen in Notsituationen soll Baden-Württemberg gezielter Flüchtlinge aufnehmen und unterstützen können und so zu einem „sicheren Hafen“ werden. Sind Flüchtlinge im Land angekommen, benötigen sie gut ausgestattete Erstaufnahmeeinrichtungen, schnelle und faire Asylverfahren, einen direkten Zugang zu Sprachangeboten sowie eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung. Die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe möchte die Partei weiter stärken, als Land aber auch einen Beitrag leisten, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen (S. 240–242).

Für die Partei ist es zentral, dass Geflüchtete schnellstmöglich und unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus durch den Besuch von Kita und Schule, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz in die Gesellschaft integriert werden. Dafür müssten ausländische Abschlüsse unbürokratischer anerkannt, der Familiennachzug erleichtert und die Bleibeperspektiven insgesamt verbessert werden (S. 243–246).



Integration

„Erfolgreiche Integration erfordert Haltung und den Willen zur Integration. Wer hier leben möchte, muss seinen Beitrag leisten, sich an die Regeln halten und unsere Werte akzeptieren“, so die CDU. Integration bedeute miteinander statt nebeneinander zu leben. Der entscheidende Ort hierfür seien die Kommunen und die Orte gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb möchte die CDU diese in ihrer Arbeit künftig verlässlich und nachhaltig unterstützen. Dem Landesbeirat für Integration möchte die CDU einen Landesintegrationsbeauftragten zur Seite stellen, der gemeinsam mit ihm den Pakt für Integration mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Integrationsstrukturen ausbaut. Es gehe um bessere Unterstützung des Spracherwerbs, bessere Integrationsmöglichkeiten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt – gerade für Frauen – sowie um Anerkennung von Berufsabschlüssen. Die CDU bekennt sich zudem zur Schulsozialarbeit und den Jugendberufshelfern, die bei jungen Migrantinnen einen wertvollen Beitrag leisten würden (S. 30).

Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen eineinhalb Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge in den deutschen Südwesten, für die es eine Herausforderung war, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden und das Erlittene zu verarbeiten. Die CDU hält es deshalb für notwendig, dass auch in Baden-Württemberg (wie in Hessen, Bayern und Sachsen) ein landesweiter Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung eingeführt werde. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bewusstsein zu halten und auf das bestehende Leid in der Welt, auf Flucht, Vertreibung und Völkerrechtsverbrechen hinzuweisen. Außerdem möchte die CDU einen Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler berufen (S. 30).



Die AfD fordert „ein Ende der unregulierten und unqualifizierten Massenzuwanderung“ (S. 19). Außerdem würde die Zahl der Ausreisepflichtigen ebenso beständig steigen wie die Zahl der Abschiebungen sinke (S. 18). Eine Fülle von Maßnahmen könne für eine Vervielfachung der Abschiebezahlen sorgen (S. 18 f.). So solle etwa die Organisation der Flüchtlingsaufnahme geändert werden, indem Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren nach bayerischem Vorbild entstehen. Darüber hinaus will die AfD ihr Rückführungsprogramm „Fit4Return“ umsetzen. Dieses beinhaltet eine kurze, aber intensive fachpraktische Ausbildung der Heimkehrer/-innen.

Weitere Forderungen sind die konsequente Abschiebepolitik für ausländische Straftäter/-innen, Vereinfachungen im Ausweisungs- und Abschieberecht und die Vervielfachung der Abschiebeeinheiten der Polizei.

Der „politische Islam und die Scharia“ seien abzulehnen, heißt es weiter im Wahlprogramm (S. 16). Die Vollverschleierung sei ein Symbol für die Unfreiheit der Frau, sie passe nicht in unsere demokratisch-freiheitliche Gesellschaft und müsse daher verboten werden. Der Muezzinruf formuliere laut AfD „den Herrschaftsanspruch des politischen Islam“.



Für die SPD muss Integration „gleiche Chancen auf tatsächliche Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben in Baden-Württemberg ermöglichen“ (S. 34). Doch soziale Benachteiligung in verschiedenen Bereichen erschwere diese Teilhabe. Daher setzt sich die SPD für soziale Gerechtigkeit und faire Aufstiegschancen für alle Menschen und in allen Bereichen ein (S. 34f.).

Konkret heißt das: Geflüchtete in Ausbildung oder mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sollen ein sicheres Bleiberecht erhalten. Das schaffe Rechtssicherheit für Geflüchtete und Unternehmen. Außerdem muss das Erlernen der deutschen Sprache weiter gefördert werden, gleich nach der Ankunft in Deutschland. Damit mehr qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Baden-Württemberg kommen, drängt die SPD auf eine Vereinfachung der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse (S. 35).

Die SPD positioniert sich klar gegen eine Abschiebung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Die freiwillige Ausreise von Geflüchteten möchten die Sozialdemokraten durch mehr Beratungsangebote fördern (S. 52).



Die FDP plant, die Einwanderung für Fachkräfte unbürokratischer zu gestalten, um den Fachkräftemangel im Land zu lindern. Außerdem möchte sie Geduldeten und Asylbewerbern eine dauerhafte Bleibeperspektive bieten, denn es sei „weder humanitär vertretbar noch volkswirtschaftlich sinnvoll, gut integrierte Steuerzahler und ihre Familien abzuschieben“ (S. 50). Asyl und Einwanderung thematisiert die FDP in ihrem Wahlprogramm nur am Rande und meist mit Bezug auf den Arbeitsmarkt.



Die LINKE tritt für ein weltoffenes Land und ein respektvolles Miteinander ein. Alle müssten die gleichen Rechte haben (S.31). Dazu zähle ein uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt seit mindestens fünf Jahren in Baden-Württemberg haben.

Schutzsuchende will die LINKE aufnehmen und willkommen heißen. Sie fordert daher ein Landesaufnahmeprogramm nach Berliner Vorbild, das den Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Geflüchteten gibt. Abschiebungen aus Baden-Württemberg sollen gestoppt werden. Weitere Forderungen sind unter anderem: freie Wohnortwahl für geflüchtete Menschen, eine einfachere Einbürgerung sowie mehr muttersprachlicher Unterricht. Berufsqualifikationen aus dem Ausland sollten unbürokratisch anerkannt werden. Das Aufenthaltsrecht dürfe nicht vom Familienstatus, von Deutschkenntnissen, einem Job oder dem Kontostand abhängig gemacht werden. Den Familiennachzug will die LINKE vereinfachen und für Menschen ohne Ausweispapiere ein Aufenthaltsrecht schaffen. Antirassismus und Antifaschismus müssten in der Landesverfassung verankert werden (S. 31f.).